



Judenburger

KPÖ

Rundschau

Informationsblatt der steirischen KPÖ

Ausgabe 147 April 2024 – zugestellt durch post.at

www.kpoe-steiermark.at

Zeitung der KPÖ für Judenburg

Ochsenboden:

Verkaufserlös würde im Budget verschwinden

Das Bundesheer möchte den Ochsenboden von der Stadtgemeinde Judenburg kaufen. Derzeit ist er gepachtet, zu für die Gemeinde sehr ungünstigen Konditionen. Ein Verkauf sollte der Gemeinde Mittel für Investitionen bringen. Der Prüfungsausschuss hat aber festgestellt, dass ein wesentlicher Teil in einem Budgetloch verschwinden würde. Hinzu kommen umwelt- und friedenspolitische Bedenken.

KPÖ-Gemeinderat René Windegger hat für Verkaufsverhandlungen gestimmt, eine weitere Zustimmung zum Verkauf aber von Bedingungen abhängig gemacht. Der Verkaufserlös müsste genutzt werden um die Gemeindewohnungen zu sanieren, Zusagen bezüglich Zugänglichkeit und ein Rückkaufsrecht müssten vertraglich festgelegt werden.

Der Prüfungsausschuss hat in seiner letzten Sitzung festgestellt, dass ein Betrag von 1,4 Millionen Euro im Budget der Gemeinde nicht bedeckt sind. Im Fall des Verkaufs bestünde keine andere Möglichkeit als den Erlös dafür heranzuziehen. Damit fällt das wichtigste Verkaufsargument weg, unsere Gemeinde braucht Geld für Investitionen. Wenn der Bund dem Heer Geld für den Kauf geben kann, muss auch eine ausreichende Finanzierung der Gemeinden möglich sein.

Auch der Alpenverein brachte in einem Positionspapier seine Bedenken zum Ausdruck: Es gibt Befürchtungen, dass es zu Einschränkungen der Zugänglichkeit bzw. zu Eingriffen in den sensiblen Naturraum kommen könnte.

Im Positionspapier hat der Alpenverein wesentliche Forderungen zusammengefasst, die auf einen Erhalt der unberührten Landschaft abzielen. Das Bundesheer hat geantwortet und betont das keine größeren



Die Seetaler Alpen: beliebtes Ausflugsziel und militärisches Übungsgebiet

Eingriffe geplant sind und sich für Sportler:innen nichts ändern soll.

Der Truppenübungsplatz wird schon heute für die Gebirgsausbildung von NATO-Truppen genutzt. Die KPÖ lehnt das aus neutralitätspolitischen Gründen ab. Der Übungsbetrieb gefährdet die Glaubwürdigkeit der österreichischen Neutralität.

Eine Zustimmung der KPÖ wird es unter diesen Gesichtspunkten nicht geben, eine bessere Lösung als die Gemeinde zum Verkauf ihres Eigentums zu bewegen wäre die Pacht auf eine realistische Höhe anzuheben.



Konsequent
für unsere Interessen!



GLB-KPÖ
GEWERKSCHAFTLICHER LINKSBLOCK – KPÖ

Rechnungsabschluss: Weiter ungeordnete Gemeindefinanzen

Der Gemeinderat hat den Rechnungsabschluss für 2023 beschlossen, nur mit den Stimmen der SPÖ. Der Rechnungsabschluss muss vor dem Beschluss öffentlich aufgelegt und vom Prüfungsausschuss geprüft vor der Sitzung des Gemeinderates geprüft werden. Bis zu diesen Fristen muss er eigentlich fertig sein. Dennoch wurden noch danach noch mehrere Korrekturen und Änderungen vorgenommen. Ihn trotzdem zu beschließen ist für die KPÖ keine korrekte Vorgangsweise

Das zeigt das viele Probleme aus dem „Finanzskandal“ noch nicht gelöst sind, die Aufarbeitung noch nicht abgeschlossen ist. Gleichzeitig wird im Rechnungsabschluss deutlich, dass die Aussichten für die finanzielle Situation unserer Gemeinde nicht gut stehen. Die Ertragsanteile, also die Mittel die der Gemeinde vom Bund zur Verfügung gestellt werden, sind gesunken. Der neue Finanzausgleich, von ÖVP, Grünen und SPÖ im Nationalrat beschlossen, benachteiligt die Steirer:innen und damit auch die Stadt Judenburg weiterhin.

Gemeinden in Not

Judenburg ist in seiner Lage alles andere als allein, die Hälfte der steirischen Gemeinden war nicht in der Lage für 2024 ein ausgeglichenes Budget zu erstellen. Gerade in Krisensituationen brauchen Gemeinden aber die Mittel um an der Seite der Bevölkerung stehen zu können. Dringend notwendige Investitionen, zum Beispiel die Sanierung der Gemeindewohnungen dürfen nicht auf die lange Bank geschoben werden.

Steuererleichterungen für Reiche

Die Regierung hat die Körperschaftssteuer gesenkt, um 800 Millionen Euro sind dabei die Einnahmen des

Bundes gesunken. Weniger Geld im Steuertopf heißt weniger für die Gemeinden.

Nun fordert die ÖVP Befreiungen bei der Grunderwerbssteuer. Das würde die Gemeinden direkt treffen und sicher keinen leistbaren Wohnraum schaffen.

Rüstungsmilliarden fehlen

Während zugesehen wird wie die Gemeinden immer mehr in Schwierigkeiten kommen werden die Rüstungsausgaben deutlich erhöht. 16 Milliarden mehr sollen in den kommenden Jahren ins Bundesheer fließen.

Umverteilung

Geld, das bei den Gemeinden, in der Gesundheit, bei der Bildung und in anderen Bereichen fehlen wird und vor allem Rüstungskonzernen zugute kommen wird.

Die Umverteilung von Unten nach Oben geht weiter. Es bräuchte dringen Maßnahmen in die andere Richtung: Steuern auf Millionen- und Milliardenvermögen. Nur so kann der Staat den Gemeinden die Mittel zu Verfügung stellen, die sie brauchen um ihre Aufgaben für die Bevölkerung zu erfüllen.

EINE ANDERE STEIERMARK IST MÖGLICH!

MACH MIT!

Es ist an der Zeit: Nimm Dir ein Herz und werde KPÖ-Mitglied!

Die KPÖ Steiermark zeigt: Eine andere Politik ist möglich – mit Freundlichkeit, Solidarität und Widerstand! Damit es schon bald in vielen Orten in der ganzen Steiermark Erfolge wie in Graz geben kann, brauchen wir auch Dich: Der richtige Zeitpunkt, aktiv zu werden, ist jetzt. Werde Mitglied der KPÖ und hilf tatkräftig mit, die soziale Alternative in der ganzen Steiermark weiter aufzubauen. Schreib uns eine Mail oder ruf uns einfach an!

☎ 03512 822 40

✉ knittelfeld@kpoe-steiermark.at

KPÖ

KOMMENTAR**Die neoliberale Steuerpolitik geht auf unsere Kosten!**

Lohnnebenkosten senken um die Wirtschaft zu stärken – so tönt es von Politiker:innen, Wirtschaft und Medien. Klingt auf den ersten Blick gut – hat aber massive Verschlechterungen für unser Sozialsystem zur Folge.

Die Beiträge der Unternehmer sind keine „Lohnnebenkosten“, sondern ein Bestandteil der Löhne, der wesentlich für die Finanzierung unserer Sozialsysteme ist. Jede Senkung ist ein Lohnraub, und davon gab es in der Vergangenheit genug. Jedes Steuergeschenk an Unternehmen schmälert den Staatshaushalt. Geld, das für Soziales, Bildung oder Gesundheit fehlt.

Mit dem Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) werden wichtige Leistungen, wie die Familienbeihilfe oder die Schülerfreifahrt finanziert. Er entstand 1955 durch einen einmaligen Lohnverzicht der Beschäftigten im Ausmaß von 6 Prozent. Dieser Lohnverzicht floss in einen Dienstgeberbeitrag ein. Der Beitrag wurde mehrmals auf nun 3,7 Prozent gesenkt. Wenn die Mittel aus dem FLAF nicht ausreichen werden Bundesmittel zugschossen. Die stammen allerdings zu 80 Prozent von den Beschäftigten.

Der von den Unternehmern bezahlte Unfallversicherungsbeitrag wurde von 1,4 auf 1,1 Prozent gesenkt. Ein Teil der nun fehlenden Mittel wird von der Gesundheitskasse querfinanziert. Geld das für unsere Gesundheitsleistungen fehlt.

Hauptgewinner der Körperschaftssteuer senkung von 25 auf 23 Prozent sind die großen Unternehmen. Denn Dreiviertel der Gewinne entfallen auf nur zwei Prozent der Unternehmen.

Rene Windegger,
ist KPÖ-Gemeinderat
in Judenburg



Bis 2026 kostet dieses Steuergeschenk den Staat 2,8 Milliarden Euro.

Aber auch sonst bedient die ÖVP/Grün Regierung vor allem die Bezieher höherer Einkommen: Von der Einkommenssteuerreform 2021 profitieren die untersten Einkommen gar nicht. Aber je mehr jemand verdient, desto höher der Steuervorteil. Dieses Geschenk – vor allem für die oberen Einkommen – kostet dem Staat rund 4,3 Milliarden im Jahr.

Mit der Abschaffung der kalten Progression gehen dem Staatshaushalt allein bis 2027 25,6 Milliarden verloren, Von der Abschaffung profitiert das unterste Einkommensfünftel mit 60 Euro im Jahr, das reichste Einkommensfünftel mit 470 Euro.

In Summe gehen dem Staatshaushalt durch Geschenke an Unternehmer und Reiche im Jahr 2024 über 10 Milliarden verloren. In der Kanzlerrede in Wels präsentierte die ÖVP Vorschläge für Steuergeschenke die von 2025 bis 2030 rund 49(!) Milliarden kosten würden.

Aber nicht nur die ÖVP/Grün-Regierung, auch die NEOS und die FPÖ reden Steuergeschenken an die Wirtschaft das Wort. Die SPÖ hat – trotz Wahlversprechen – noch nie eine Verschlechterung zurückgenommen. Wollen wir diese Raubzüge auf unsere Kosten stoppen müssen die Menschen wieder lernen für ihre Interessen aktiv zu werden, meint ihr...

Rene Windegger
rene.windegger@judenburg.at

STAMMTISCH
DER KPÖ MURTAL

Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat

18 Uhr, Friedensstraße 10, Knittelfeld

**Abgehobene
Politiker-
gehälter
führen zu
abgehobener
Politik!**

Impressum: Medieninhaber, Verleger, Herausgeber: KPÖ Murtal, 8753 Fohnsdorf, Josefiplatz 3, Tel&Fax 03573 / 2166, Verantwortlicher Chefredakteur und Hersteller: Josef Meszlenyi, E-Mail: josef.meszlenyi@kpoe-steiermark.at. druck: gutenberghaus Offenlegung: die Blattlinie entspricht den Zielen des Vereins fortschrittlicher Kommunalpolitiker.

KPÖ

WOHNEN STATT KANONEN

Die Stimme für Frieden & Neutralität

Am 9. Juni: Günther Hopfgartner KPÖ

EU-Wahl: KPÖ sagt Privilegien den Kampf an

In Brüssel tummeln sich Lobbyisten und Privilegienritter. Über die EU werden deshalb Entscheidungen durchgewunken, die in Österreich nie eine Mehrheit hätten. Die EU-Abgeordneten von ÖVP, SPÖ, FPÖ, Grünen und NEOS machen dabei aber tüchtig mit und kassieren dafür monatlich über 9.000 Euro. Über EU-Parlament und Rat bestimmen Österreichs Parteien die Entscheidungen in Brüssel mit, schieben die Schuld auf die EU und hoffen dann, dass wir nicht genauer hinschauen.

Damit die etablierten Parteien mit dieser Masche nicht mehr durchkommen, braucht es eine verlässliche, soziale Stimme im EU-Parlament für leistbares Leben und gegen Krieg und Aufrüstung. Wenn die KPÖ einzieht, werden unsere Mandatäre nicht mehr behalten als ein durchschnittlicher österreichischer Facharbeiter bekommt. Der Großteil des Einkommens wird an Menschen in Notlagen weitergegeben. Die KPÖ tritt zur EU-Wahl am 9. Juni an, damit man draußen mitbekommt, was drinnen vorgeht.

8. März- Internationaler Frauentag

Anlässlich des Internationalen Frauentags war die KPÖ ist die KPÖ traditionell unterwegs um Nelken zu verteilen und auf die Anliegen der Frauenbewegung aufmerksam zu machen. Am 10. März feierte die KPÖ Murtal den Frauentag mit einem Fest in Knittelfeld.

Der 8. März wird seit nunmehr 113 Jahren auf der ganzen Welt als Frauenkampftag begangen – und hat dabei leider nichts an Aktualität eingebüßt. Gleichstellung gibt es hierzulande zwar am Papier, die Realität schaut aber noch ganz anders aus. Ob weniger Geld für gleiche Arbeit, Teilzeitfalle oder die sehr ungleiche Verteilung unbezahlter Haushalts-, Erziehungs- und Sorgearbeit – die ökonomischen Benachteiligungen von Frauen sind vielfältig und haben System. Auch Gewalt gegen Frauen ist in Österreich noch immer allgegenwärtig. Zu tun gibt es also noch genug – und das nicht nur am 8. März, sondern an allen Tagen im Jahr.



„Ich bin ein großer Gegner der Zeitungen“, sagte Herr Wirr, „ich will keine Zeitungen.“
Herr Keuner sagte: „Ich bin ein größerer Gegner der Zeitungen: Ich will andere Zeitungen.“
— Bertolt Brecht

STEIRISCHE VOLKSSTIMME: JETZT GRATIS ABONNIEREN!



www.kpoe-steiermark.at/abo → Die neuesten Infos von der KPÖ Steiermark 4x jährlich kostenlos zu Ihnen ins Postkastl!



GLB-KPÖ bei der Arbeiterkammerwahl

Faule Kompromisse gibt es mit uns nicht!

Die Arbeiterkammer hat als Serviceeinrichtung einen guten Ruf. Warum sollte man bei der kommenden Wahl ausgerechnet GLB-KPÖ wählen? Wir haben mit den Spitzenkandidaten der Liste 5, Georg Erkinger und Hilde Tragler gesprochen.

Georg Erkinger: Die Arbeiterkammer ist viel mehr als nur ein Konsumentenschutzverein. Wir sind der Meinung, dass sie als Vertretung der arbeitenden Menschen ein Gegengewicht zur neoliberalen Politik sein muss. Das bringen wir in der Arbeiterkammer zur Sprache.

Hilde Tragler: Es braucht eine Fraktion, die sich konsequent für die Interessen der Arbeiter:innen und Angestellten einsetzt, und auch einmal unangenehme Themen anspricht, die die Mehrheitsfraktion gern unter den Teppich kehren will.

Was sind die Themen, die die Liste GLB-KPÖ in den Vordergrund rücken möchte?

Erkinger: Eine der brennendsten Fragen derzeit ist jene nach einer umfassenden Gesundheitsversorgung in der Steiermark. Wir haben dabei sowohl die Interessen der Patientinnen und Patienten im Auge, als auch jene der Bediensteten in den Spitälern und in der Pflege. Die Landesregierung darf mit ihrem Kahlschlag bei den Spitälern nicht durchkommen.

Tragler: Es gibt breiten Widerstand in der Bevölkerung dagegen, es wäre wichtig, dass sich auch die AK entsprechend zu Wort meldet. Von der SPÖ-FSG ist hier leider nichts zu erwarten, Zeit, dass sich hier etwas ändert!

Die Inflation hat im vergangenen Jahr neue Rekordwerte erreicht, und noch immer steigen die Preise. Kann man da nichts dagegen machen?

Erkinger: Zunächst muss man festhalten: die Preise steigen nicht einfach so, sondern sie werden erhöht! Und es gibt Konzerne und Spekulanten, die davon profitieren. Bezahlen müssen die einfachen Menschen, ob beim täglichen Einkauf, an der Tankstelle oder über die Mieterhöhungen. Hier braucht es eine Regu-

lierung, also amtliche Eingriffe in die Tarif- und Preisgestaltung – gerade beim Wohnen, bei Lebensmitteln und den Energiekosten.

Tragler: Es heißt doch: Arbeit muss sich wieder lohnen. Das beste Mittel gegen hohe Inflation ist immer noch eine saftige Lohnerhöhung gewesen. Wenn die Gehälter und Löhne stagnieren, schlägt die Teuerung besonders durch.

Was dürfen wir uns erwarten, wenn der GLB-KPÖ in der AK gestärkt wird?

Tragler: Für uns kandidieren Menschen mitten aus dem Arbeitsleben, aus der Metallindustrie ebenso wie aus dem Pflegebereich oder Handelsangestellte. Wir wissen wo der Schuh drückt und sind die Stimme für soziale Gerechtigkeit.



Erkinger: Wir sind auch die einzigen, die grundsätzliche Fragen stellen, etwa zur Friedenspolitik. Eine Stimme für den GLB-KPÖ ist eine wichtige Stimme für die Interessen der arbeitenden Menschen und ein Denkzettel für die Herrschenden

AK-Wahlen von 16. bis 29. April - so geht's:

Wer ist wahlberechtigt?

Alle AK-Mitglieder die zum Stichtag (3.1.2024) umlagepflichtig waren – also einen Verdienst aus Arbeit bekommen haben. Arbeitsuchende, geringfügig Beschäftigte, Karenzierte, Lehrlinge, Präsenz- und Zivildienstler mit aufrechter Arbeitsverhältnis nur dann, wenn sie sich in die Wählerliste haben eintragen lassen.

Wo und wie kann ich wählen?

Im Betrieb In vielen Unternehmen wird direkt im Betrieb gewählt: Infos und Aushänge beachten!

Per Brief Wenn es direkt im Betrieb kein Wahllokal gibt, werden Ihnen Wahlunterlagen zugeschickt. Sie können Ihre Stimme dann ganz einfach per Post (Achtung: Poststempel spätestens vom letzten Wahltag) abgeben oder **Persönlich** in der AK-Bezirksstelle für das Murtal, Zeltweg, Hauptstraße 82 wählen.

Wen wähle ich bei der AK Wahl?

Gewählt wird das „Arbeiterparlament“, die AK-Vollversammlung. Ihre Mitglieder sind die Kammerrät:innen. Diese wählen aus ihren Reihen die AK-Präsident:in ihrem Bundesland.

Achtung! Wer schon jetzt weiß, dass er zu den Wahlzeiten nicht im Betrieb ist, kann auf elektronischem Weg (Download „Wahlkartenantrag für Betriebssprengelwähler“) oder persönlich im Wahlbüro eine Wahlkarte beantragen. (Tel. 05/7799-2576, Mail: wahlbuero@akstmk.at bzw. Bezirksstelle der AK) und damit per Brief oder im öffentlichen Wahllokal wählen.

SERVICE
Richtsätze 2024

Pensionen - Ausgleichszulage brutto
Mindestpension mit Ausgleichszulage für Alleinstehende: € 1.217,66 für Ehepaare, eingetragene Partnerschaften:€ 1.921,46 Erhöhung pro Kind:€ 187,93

Sozialunterstützung

Höchstsätze 2024

Alleinstehende und Alleinerzieher/innen: € 1.155,84 Volljährige im gemeinsamen Haushalt.. € 809,09 ab 3. volljährige Person:€ 520,13 1., 2., 3. Kind:€ 242,73 ab dem 4. Kind:€ 202,27 Der Höchstsatz teilt sich zu 60 % (€ 693,50) in Lebensunterhalt und zu 40 % (€ 462,34) in Wohnbedarf. Betragen die Wohnkosten (Miete, Heizung, Strom, Haushaltsversicherung) weniger als 40 % werden nur die tatsächlichen Wohnkosten ausbezahlt. Übersteigen die Wohnkosten die 40 %, wird eine Wohnkostenpauschale in Höhe von max. 20 % (€ 231,17) gewährt.

Rezeptgebührenbefreiung

Befreit sind Personen mit niedrigem Einkommen bis zu einer Grenze von € 1.217,96 für Alleinstehende und € 1.921,46 für Ehepaare. Die **Rezeptgebühr steigt** von 6,85 auf 7,10 € pro Medikament.

Geringfügigkeitsgrenze

€ 518,44 Euro /Monat

Grenze für ORF-Beitrag/ Telefonentgeltzuschuss:

Befreit sind Personen mit niedrigem Einkommen (Transferleistungen, **keine Gehälter**) bis zu einer Grenze von
1 Person:€ 1.364,12
2 Personen:€ 2.152,04 für jede zusätzliche Person im Haushalt: € 210,48

Familienbeihilfe

Bei einem Kind unter 3J: € 200,10; über 3J: € 209,30, über 10J: € 232,00, über 19J: € 259,40

Dieser Beitrag erhöht sich bei 2 Kindern um € 8,20, bei 3 um € 20,20 bei 4 um € 30,70 bei 5 um € 37,20, bei 6 um € 41,50 bei 7 um € 60,30. Im September zusätzlich € 116,10 Schulstartgeld für Kinder zw. 6 und 15 Jahren; **für erheblich behinderte Kinder** kann erhöhte Familienbeihilfe beantragt werden: Der Zuschlag beträgt € 180,90.

Pflegegeld 2024

Stufe 1:	€ 192,00	65h/Monat
Stufe 2:	€ 354,00	95h/Monat
Stufe 3:	€ 551,60	120h/Mon.
Stufe 4:	€ 872,10	160h/Mon.
Stufe 5:	€ 1.123,50	180h/Mon.
Stufe 6:	€ 1.568,90	üb.180h/M
Stufe 7:	€ 2.061,80	üb.180h/M

75 Jahre NATO: Kein Grund zum Feiern

Heute vor 75 Jahren wurde die NATO gegründet. Ein Grund zum Feiern ist das nicht. Das US-dominierte Militärbündnis blickt zurück auf eine blutige Geschichte – von der völkerrechtswidrigen Bombardierung Jugoslawiens über den Krieg in Afghanistan bis hin zum Regime-Change- Militäreinsatz in Libyen.

Unter dem Vorwand von „Demokratie“, „Menschenrechten“ und „westlichen Werten“ hat die NATO in ganzen Erdteilen für Tod und Zerstörung gesorgt, um die geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen der USA und der anderen NATO-Mitgliedsstaaten mit Waffengewalt durchzusetzen.

Auch Österreich ist als Teil der zynisch benannten „Partnerschaft für den Frieden“ in NATO-Strukturen integriert. Während der größte Teil der Bevölkerung nach wie vor hinter der Neutralität steht und einen NATO-Beitritt ablehnt, war und ist das bei den politischen Parteien nicht immer so.

Von der ÖVP unter Schüssel über Josef Cap von der SPÖ bis hin zur FPÖ in den 90er-Jahren waren alle großen Parteien schon einmal für einen NATO-Beitritt. Wenn sie in der Regie-

KLEINE ZEITUNG
4.4.2024

ÖSTERREICH

Als die FPÖ für Nato-Beitritt war

Wenn es politisch opportun war, waren FPÖ, ÖVP, SPÖ schon einmal für Beitritt.

...nur eine Partei hat unsere Neutralität immer verteidigt:

KPÖ

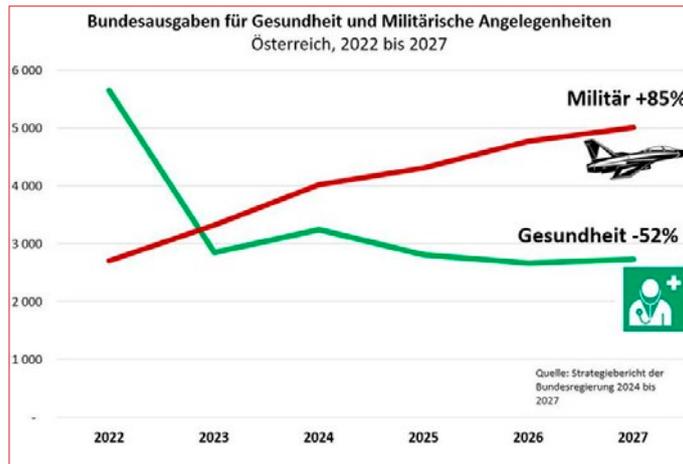
rung waren, haben sie alle die Aufweichung und Aushöhlung der Neutralität vorangetrieben.

Verlassen kann man sich hingegen bei der KPÖ: Sie hat 1953 als erste (und einzige) Partei die Neutralität Österreichs vorgeschlagen und seit dem Inkrafttreten des Neutralitätsgesetzes am 26. Oktober 1955 konsequent gegen alle Angriffe verteidigt.

Für uns von der KPÖ ist

klar: Unsere Neutralität ist ein hohes Gut. Einen Beitritt in die NATO lehnen wir entschieden ab. Gerade in kriegerischen Zeiten wie diesen braucht es dringend starke Stimmen für Frieden, Abrüstung und Völkerverständnis. Österreich als neutraler Staat könnte eine dieser Stimmen sein und außenpolitisch in diesem Sinne wirken. Davon sind wir aktuell aber weit entfernt – und alle im Parlament vertretenen Parteien tragen Mitschuld daran.

Sämtliche Bundesregierungen der letzten Jahrzehnte haben die Neutralität immer weiter ausgehöhlt. Damit es im Nationalrat künftig zumindest eine verlässliche Stimme für den Frieden und unsere Neutralität gibt, tritt die KPÖ im Herbst zur Wahl an. Damit sich was ändert.



Zum Schutz der Menschen im Murtal: Lärmbelastung durch Airpower und Übungsflüge minimieren! KPÖ-Antrag in Spielberg angenommen

Lärm wird immer mehr zum Problem. Lärm macht krank. Das ist wissenschaftlich erwiesen. Im Aichfeld ist die Belastung besonders massiv: Der „normale“ militärische Flug- und Übungsbetrieb durch Eurofighter und andere Fluggeräte, die Autobahn, die Eisenbahn und – in mehr als der Hälfte des Jahres – der Lärm durch den Red Bull Ring halten die Belastung hoch.



Heuer kommt zu diesem oft kaum mehr zu ertragenden Lärm noch die Airpower hinzu. Die Airpower bedeutet nicht nur in den Tagen davor und danach Lärm-

terror für die ganze Region. Die Erfahrungen der vergangenen Flugshows zeigten, dass die Menschen in unserer Region schon Monate vor dieser Veranstaltung durch die Übungsflüge massiv gestört werden. Ohrenbetäubende Flugmanöver ohne Rücksicht auf die Bevölkerung, besonders auf Kinder, Kranke und alte Menschen waren auf der Tagesordnung.

Wir meinen aus den Erfahrungen mit der Airpower müssen Konsequenzen gezogen werden. Wir haben deshalb nebenstehenden Antrag in den Gemeinderat eingebracht. Dabei haben wir betont, dass es bei dem Antrag nicht um die Airpower selbst geht. Es geht darum einzufordern, dass die Belastungen durch diese Veranstaltung minimiert werden.

Die KPÖ hat sich immer klar gegen die Airpower ausgesprochen. Aber egal wie man zu dieser Veranstaltung steht, es muss doch die Verpflichtung unserer Gemeindepolitiker:innen sein die Menschen, die hier

Der Antrag der KPÖ:

**Zum Schutz unserer Bevölkerung!
Forderung der Stadtgemeinde Knittelfeld betreffend der Übungsflüge für die Airpower 2024**

Der Gemeinderat fordert das Ministerium für Verteidigung auf, folgende Anweisungen bzw. Anordnungen im Zusammenhang mit den Vorbereitungen zur Airpower 2024 zu erlassen:

- 1. Die Vorführungen bei der Airpower und die im Vorfeld stattfindenden Übungen sind auf ein Minimum zu reduzieren.**
- 2. Aus Lärm- und Sicherheitsgründen sind militärische Kunstflugübungen hauptsächlich über militärischem Gelände auszuführen. Es dürfen im Aichfeld keine Flugübungen über Wohngebieten mehr stattfinden!**

Die Gesundheit, die Sicherheit und das Wohlbefinden unserer BewohnerInnen des Aichfeldes muss an erster Stelle stehen, deshalb ersuchen wir den Antrag anzunehmen.

leben, zu schützen – und deshalb dafür einzutreten die Lärmbelastungen zu minimieren.

Eigentlich eine klare Sache. In Spielberg wurde unser Antrag einstimmig angenommen, in Knittelfeld aber von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt. Wir werden ihn auch in Judenburg einbringen um den Druck zu erhöhen.

KENNENLERNTREFFEN DER KPÖ-MURTAL

mit Klubobfrau

Claudia Klimt-Weithaler

**03. Juni, 17:30, Wirtshaus M&N
Hauptstraße 209, Zeltweg**

KPO

HERAUS
ZUM **1. MAI**

**FÜR FRIEDEN UND
GERECHTIGKEIT**

DEMONSTRATION

Treffpunkt 10:00 Mariahilferplatz Graz
zum Eisernen Tor (Schlußkundgebung)

MAIFEST

ab 13:00 im Volkshaus Graz

Seit über 130 Jahren wird der 1. Mai in aller Welt begangen. Dieser Tag steht für soziale Gerechtigkeit, bessere Arbeitsbedingungen, ein leistbares Leben und Frieden für alle Menschen.

Unsere Demonstration unter dem Motto »Für Frieden und Gerechtigkeit« startet um 10 Uhr am Grazer Mariahilfer Platz und führt zum Eisernen Tor.

Ab 13 Uhr laden wir zum Mai-Fest ins Volkshaus Graz (Lagergasse 98a) ein. Es erwartet Sie ein hochkarätiges Programm mit:

- ★ **Sosamma Chor**
- ★ **Chris Molisch**
- ★ **Montevideo**
- ★ **Az Acili**